

Stefan Fulst-Blei

2017-11-16 Ansprache Mannheim Alternativer Volkstrauertag

„`Die Toten mahnen' – ja zu was? Keinen Krieg mehr zu beginnen oder den nächsten nicht zu verlieren?“ Diese Worte von Thomas Trüper unter Bezugnahme auf die 50er Jahre in unserem Vorgespräch zu meiner Rede zur heutigen alternativen Gedenkfeier am Volkstrauertag 2017 sind mir nachgegangen.

Sind wir schon wieder soweit?

Ich habe Thomas Trüper gefragt, wie sehr ich auch sehr persönliche Überlegungen einbinden darf. Er hat mich dazu ermuntert. In der Tat hat sich manche Gewissheit und manches Vertrauen in unsere heutige Gesellschaft stark relativiert. Mir persönlich kommt es manchmal so vor, als dass mich meine eigenen Überlegungen aus einem Gespräch mit meiner Frau im Jahre 1999 einholten. Damals hatte ich mit Blick auf die Milleniumsdiskussion darüber sinniert, ob mit dem Beginn eines neuen Jahrtausends Ereignisse des alten einer zunehmenden Distanzierung anheimfallen würden. Konkret: würden Hitler, die Nazis, die Weltkriege und die Shoa zunehmend für die Menschen ein Ereignis wie Napoleon werden? Weit weg, aber ohne Einfluss auf heutige Debatten? Wer würde heute schon vor eine Ausweitung staatlicher Kontrollmöglichkeiten unter Bezug auf den napoleonischen Geheimdienst warnen? Würden die NS-Gräuel, würden die Kriege so auch im Nebel der Geschichte versinken und welche Folgen hätte dies?

Das erste Jahrzehnt, die 2000er brachten diesbezüglich vielleicht erst einmal eine gewisse Entspannung. Die Fußballweltmeisterschaft brachte Deutschland viel Sympathien ein. Es wurden alte Gräben überwunden, man hatte das Gefühl, dass Europa und die Welt zusammenwächst. Erstmals wurde auch die Schwarz-Rot-Goldene Fahne völlig unbefangen und gerne gezeigt. Die Farben waren bis dato stark von nationalen Kreisen okkupiert. Niemals sollten wir vergessen, dass sie ein Symbol des republikanischen Kampfes um Demokratie sowohl im Vormärz als auch in der Weimarer Zeit waren. Der demokratische Kampfbund für die Demokratie hieß nicht ohne Grund damals „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“.

Gleichwohl: es gab wohl berechtigten Anlass zum Optimismus was einen möglichen entspannten Umgang mit unserem Land angeht. „Patriotismus“ bzw. „Verfassungspatriotismus“ in Abgrenzung zu „Nationalismus“ schien den Weg zur Identifikation mit der Heimat ohne den Hass aufzuzeigen. Auch erschien die deutsche Demokratie sehr gefestigt und widerstandsfähig gegen antidemokratische Extreme. Diesen Optimismus teilte ich auch noch mit unserem Oberbürgermeister als wir 2015 nach Merkels Entscheidung zur Grenzöffnung und vor dem Hintergrund der damaligen Willkommenskultur darüber sprachen, dass wir froh seien, dass unsere Gesellschaft heute eine andere sei als noch in den frühen 90ern. Ich denke hier etwa an die brennenden Autoreifen, die über die Zäune der Schönauer Flüchtlingsunterkunft geschmissen wurden und die tagelangen Unruhen im Mai / Juni 1992 anlässlich der damaligen Unterbringung von Flüchtlingen in der Gendameriekaserne.

Dies Frage ist, ob und wie sehr wir uns geirrt haben mit dieser Einschätzung. Ich gebe zu, dass ich schon damals skeptisch war.

Seitdem ich 1987 den Weg zu den Jusos gefunden hatte, konnte ich immer wieder sehen, wie Zuwanderungswellen auf Hass und Gewalt stießen. Die Toten von Mölln und Solingen mahnen auch noch heute. Sie wurden Opfer der „Rühe-Depesche“ mit dem Konservative im Sommer 1992 das Thema „Asyl“ und wie es nannten „Asylmissbrauch“ gezielt auf die Tagesordnung setzten. Bald darauf brannten Häuser, starben auch Kinder. Neid und Missgunst begegnete aber auch den Übersiedlern aus Russland, denen vorgeworfen wurde, nichts für Deutschland geleistet zu haben, aber hier eine Arbeit – eine Wohnung – eine Rente zu bekommen. Die Bilder und Vorwürfe gleichen sich immer wieder. Auch die „Kinder statt Inder“-Kampagne von 2000 kratzte am Bild der toleranten deutschen Gesellschaft. Der CDU-Ortsverein Friedrichsfeld weigerte sich, an der üblen Unterschriftenkampagne teilzunehmen. Zu abschreckend damals die Frage von Bürgern, „wo man hier gegen Ausländer unterschreiben“ könne.

Nein, es gab schon immer einen Nährboden in unserer Gesellschaft für Hass und Ressentiments.

Es wäre schön gewesen, die patriotische Leichtigkeit der Fußball-WM zu leben – mit einem unbeschwerten Umgang mit dem eigenen Land und seinen Symbolen, weil mein gewiss sein konnte, dass die deutsche Demokratie gefestigt, die deutsche Toleranz stark und die deutschen Grenzziehungen gegen Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus auf breiter Basis unüberwindlich sind.

Das „Ende der Leichtigkeit“ stellte sich spätestens 2015/16 ein. „Man wird doch mal noch sagen dürfen“ wurde zur Steigleiter zur Überwindung des demokratisch-antirassistischen Cordon Sanitaires, der Mauer gegen die nationalistischen Dämonen, die wir gehofft hatten, im 20 Jh. zurück zu lassen.

Auch greift es zu kurz, die Entwicklung unserer Demokratie mit Blick auf die Zeit vor Herbst 2015 romantisch zu verklären. Neid und Hass hatten in Deutschland immer einen Nährboden. Jenseits der bereits geschilderten Beispiele wissen wir das aus soziologischen Studien sowohl für West- als auch Ostdeutschland. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung tendiert zu autoritären und fremdenfeindlichen Positionen. Der, zynisch gesprochen, beste Dünger für Neid und Hass war immer die Frage der Zuwanderung. Hier unterscheidet sich unser Land in der Tat wenig von anderen. Ich glaube aber, dass der Boden für diesen „Dünger“ die Jahre zuvor durch eine Entwicklung vorbereitet worden ist, die ich unlängst in einem Vortrag mit den Worten „vom Wutbürger zum Rotzbürger“ umschrieben habe. Stuttgart 21 brachte einen Wutbürger empor, der sich gegen für ihn nicht nachvollziehbare staatliche Beschlüsse auflehnte. Ein legitimes Handeln, das auf eine illegitime Reaktion durch den Wasserwerfereinsatz im Schlossgarten traf. Demokratie hat funktioniert, denn dies war der Beginn vom Ende von Ministerpräsident Stefan Mappus. Nicht ausreichend funktioniert hat die Wiederbesinnung auf eine gepflegte politische Streitkultur.

Aber auch in unserer Stadt war eine massive Verrohung im politischen Diskurs zu beobachten. Man kann für die Stadtbahn Nord sein oder nicht. Aber wenn Fachleute für sachlich vorgetragene Argumente im Stadthaus N1 niedergeschrien und aufs Übelste beleidigt werden, stimmt etwas nicht. Nicht in Ordnung ist es auch, wenn mir Mitbürger flüstern am Stand sagen müssen, sie seien für die Stadtbahn, da sie kein Auto haben, trauen sich es aber nicht laut zu sagen. Wie gesagt: es geht mir hier nicht um die Berechtigung dafür oder dagegen zu sein. Es geht um den Umgang mit Menschen, die einer anderen Meinung sind.

Keine Frage. So etwas gab es schon immer. Ich glaube aber, dass diese Respektlosigkeit vor anderen Menschen und anderen Meinungen massiv zugenommen hat. Krankenwagenfahrer werden behindert, Bauarbeiter verprügelt, weil ihre Arbeit eine Straße sperrt, Finanzbeamte von sogenannten Reichsbürgern bedroht und so weiter. Generell verstärkt sich bei mir der Eindruck, dass unsere Gesellschaft respektloser geworden ist. Das „Rotzbürgertum“ hat Konjunktur. Die Spielregeln des demokratischen Umgangs und des demokratischen Diskurses werden über den Haufen geworfen. Man erntet Beifall, wenn man den politisch korrekten und fairen Diskurs auf den Müllhaufen wirft.

Ich bin davon überzeugt, dass die Erfolge der Rechten im Land an dieser Entwicklung anknüpfen konnten. Das ist ihr Humus. Manchmal kommt es mir so vor, als ob die Blaubraunen die Inkarnation des inneren Schweinehundes unserer Gesellschaft darstellen. Genauso benehmen sich zumindest ihre Vertreter im Landesparlament und auch anderswo: ihre Reden und Aktionen zeichnen sich durch permanente Beleidigungen und Diskreditierungen anderer

Meinungen, durch Verharmlosungen und Relativierungen der Naziverbrechen und auch dreistes Abzockertum aus.

Das demokratische Dilemma: je massiver sie öffentlich bekämpft wurden, je mehr bestimmten sie die Schlagzeilen, je höher wurden ihre Umfragewerte. Und jetzt sitzen sie mit über 12 % im Deutschen Bundestag, obwohl ihr Spitzenkandidat etwa die Leistungen der deutschen Soldaten im 2. Weltkrieg gelobt, ihre Ex-Vorsitzende „völkisch“ als normal bezeichnet hat und so weiter. Man mag sich innerlich übergeben und verzweifeln. Aber wie der Kabarettist Barwasser unlängst feststellte: die Einstellung gab es schon immer und jetzt findet man sie im Parlament wieder. Das nennt man Demokratie.

Aus und vorbei? Alles gesagt und getan?

Nein!

Als ich im April 2016 erstmals nach der Landtagswahl mit dem Fahrrad im Mannheimer Norden unterwegs war habe ich die vielen Deutschland-Fahnen in den Vorgärten mit ganz anderen Augen gesehen.

Im Sommer 2016 habe ich mir bewusst vierzehn Tage genommen, um mich zu entscheiden, ob ich nach der Wahlniederlage im Mannheimer Norden weiter in der Politik bleibe oder zurück zu meiner von mir vermissten Schule gehe.

Am Ende des vielen Lesens und der Überlegungen erschien die Antwort ganz simpel. Sie kam im Form einer Frage: warum hast du überhaupt einmal angefangen, dich politisch zu engagieren? Weil du überzeugter Europäer bist und wegen „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“. Und dann willst du jetzt aufhören?

Nein!

Wir können und wir dürfen jetzt nicht aufhören, für unsere Werte zu streiten!

Wir müssen den inneren Schweinehund unserer Gesellschaft bekämpfen!

Wir können dieses Land nicht den Wiedergängern der braunen Vergangenheit überlassen! Das sind wir auch den Menschen schuldig, die im Kampf gegen den Faschismus und Krieg verfolgt, geächtet und ihr Leben verloren haben. Der Schwur von Buchenwald ist noch heute Appell und Auftrag für uns!

Wir sind nicht allein und wir sind in der Mehrheit!

Die Toten mahnen!

Gegen Hass und Intoleranz! Gegen eine Verrohung unserer gesellschaftlichen und politischen Kultur!

Gegen den Krieg und für das Friedensprojekt eines sozialen Europas!

Wir werden den Kampf für eine offene Gesellschaft und gegen Hass und Rassismus nicht aufgeben!

Hierzu mahnen die Toten!